

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament an die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten zum Umgang mit dem gestiegenen Migrationsdruck

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf den Entwurf des Stockholmer Programms, das beim Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember 2009 angenommen werden soll,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 23. November 2009,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Menschenrechte vom 23. November 2009,
- A. in der Erwägung, dass den Flüchtlingen auf dem Weg in die EU unermessliches Leid widerfährt;
- B. in der Erwägung, dass die Bekämpfung der illegalen Migration unverzügliches Handeln sowohl seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten als auch seitens der Transitstaaten erfordert;
- C. in der Erwägung, dass einzelne Mitgliedstaaten einem besonders starken Migrationsdruck ausgesetzt sind, der eine aktive Solidarität aller Mitgliedstaaten erfordert;

EU-interne Verteilung von Asylbewerbern

1. fordern die Mitgliedstaaten dringend dazu auf, sich zur Aufnahme von Asylbewerbern aus anderen Mitgliedstaaten zu verpflichten, die einem besonders starken Migrationsdruck ausgesetzt sind;
2. ersuchen die Kommission, einen Vorschlag zur Verteilung von Asylbewerbern unter den Mitgliedstaaten vorzulegen. Dabei ist die Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten maßgeblich zu berücksichtigen;

Abkommen mit Drittstaaten

3. befürworten die Einrichtung von Auffanglagern in sicheren Drittstaaten unter der Einhaltung der UN-Menschenrechtserklärung, um eine effiziente Bearbeitung der Asylanträge zu gewährleisten. Dies verhindert zudem das sinnlose Sterben zahlreicher Flüchtlinge auf dem Weg in die EU;
4. fordern den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens mit sicheren Drittstaaten zur Garantie der Menschenrechte für Flüchtlinge;
5. fordern den Rat auf, der Kommission ein Mandat zur Aushandlung entsprechender Abkommen mit diesen sicheren Drittstaaten zu erteilen;
6. fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, mit sicheren Drittstaaten sofort zu verhandeln, um neue Wege in der Asylpolitik aufzuzeigen, um eine gute Kommunikation zu gewährleisten;
7. fordern die Kommission auf, in allen Drittstaaten mit Asylbewerberproblemen Botschaften und Konsulate zu errichten, um Asylbewerberanträge zu bearbeiten und gegebenenfalls zu genehmigen.